



## Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP im Rat der Stadt Hemer zum Haushalt 2016

An den  
Bürgermeister der Stadt Hemer  
Herrn Michael Heilmann

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heilmann!

Den von Ihnen und Ihrer Verwaltung am 23. Februar in den Rat eingebrachten und am 19. April veränderten Haushaltsentwurf lehnen die Fraktionen von CDU, SPD und FDP ab. Der Hauptgrund ist, dass die beiden Entwürfe erhebliche Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger von Hemer vorsehen.

Unser Ziel war und ist es, einen Haushalt zu beschließen, der keine Steuererhöhung bedeutet und der gestaltend in die Zukunft weist, damit sich Hemer positiv entwickeln kann. Dazu gehört insbesondere, dass auch nachhaltige Strukturveränderungen vorgenommen werden.

In intensiven internen und externen Sitzungen, Klausurtagungen, Gesprächen und Diskussionen haben die unterzeichnenden Fraktionen mit Anträgen vom 17.04, 18.04 und 20.04. dem Bürgermeister ihrer Vorstellungen und Änderungen unterbreitet. Nach einer Information seitens der Verwaltung zu den einzelnen Vorschlägen in der Arbeitsgruppe Haushaltssicherung haben die drei Fraktionen sich untereinander abgestimmt und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Wir begrüßen außerordentlich, dass die Verwaltung etlichen **unserer Anträge gefolgt** ist und diese in einen neuen Entwurf eingerechnet hat, z. B:
  1. Die **Stelle des Klimamanagers** wird gestrichen
  2. Die **Stelle eines Inklusionsbeauftragten** wird nicht eingerichtet.
  3. Die Ansätze für die **Flüchtlingsunterbringung und -betreuung** werden auf Grund der aktuell sich entspannenden Situation angepasst und erheblich reduziert. Dazu

gehört z. B. dass die Gemeindehalle Ihmert nicht für die Flüchtlingsunterbringung vorgehalten wird.

4. Etliche **Investitionsvorhaben** werden haushaltstechnisch so abgebildet, dass sie in dem Jahr veranschlagt werden, in dem sie **realistischerweise** umgesetzt werden.
5. Die **halbe Stelle für eine Bürokräft des Personalrates** wird nicht ergänzend vorgesehen, sondern intern geregelt.
6. Über die ganze Verwaltung hinweg wird versucht, die **Sachkosten** zu senken.

Um der Verantwortung des Rats gerecht zu werden, haben die drei Fraktionen basierend auf den o. g. Anträgen einen noch weitergehenden gemeinsamen **Antrag** erarbeitet:

2. Wir beantragen, folgende Punkte ergänzend in den Haushaltsentwurf aufzunehmen und einzurechnen:

1. In Erwartung einer Effizienzsteigerung (bei gleichem Sicherheitsstandard für die Bevölkerung) durch die Umsetzung des jetzt aufzustellenden **Brandschutzbedarfsplans** werden für das Jahr 2016 50.000 Euro und für die folgenden Jahre jeweils 100.000 Euro Einsparung in das Produkt Brandschutz eingerechnet.
2. Die **Stelle Soziale Arbeit für Flüchtlingsbetreuung** wird gestrichen.
3. Die **Stelle IT-Fachkraft** wird gestrichen.
4. Die **Stelle Elektriker** für die Überprüfung der stationären Geräte wird gestrichen.
5. Bei der **Maßnahme Waldkindergarten** ist zu prüfen, ob der Bauwagen nicht kostengünstiger durch ein Blockhaus o.ä. ersetzt werden kann.
6. Das Projekt **Integrationszentrum im Alten Amtshaus** ist mit einem Sperrvermerk zu versehen, so dass erst einmal keine Investitionen getätigt oder Personal eingestellt wird. Eine Entscheidung über das ob und wie fällt der Rat bis 2018 in einer gesonderten Entscheidung.
7. Die Maßnahme **Umkleidegebäude am Ernst-Loewen-Sportplatz** in Deilinghofen kann erst dann in den Haushalt aufgenommen werden, wenn die Grundsatzentscheidung (Neubau oder Renovierung) getroffen und mit belastbaren Zahlen unterlegt worden ist.
8. Für den (etwaigen) **Rückkauf des Bünzing-Grundstückes** wird eine Summe von 900.000 Euro bereitgestellt.

3. Für die Ratssitzung am 17. Mai 2016 beantragen die drei Fraktionen folgenden Haushaltsbegleitbeschluss:

1. Es ist anzustreben, die Personalkosten der Stadt strukturell durch Reduzierung der Stellenanzahl zu senken. Deshalb gilt bei freiwerdenden Stellen bis zum 31.12.2016 eine **Wiederbesetzungssperre**. Jede vom 1.1.2017 bis 31.12.2020 planmäßig **freiwerdende Stelle** wird mit einem kw-Vermerk versehen. Diese Stellen werden dann intensiv daraufhin überprüft, ob die Aufgabe noch bzw. in dieser Form erforderlich ist bzw. nicht effizienter erledigt werden kann oder ob und wie die Arbeit verwaltungsintern anders verteilt werden kann. Falls eine Neubesetzung von der Verwaltung als absolut

notwendig erachtet wird, muss jeweils der Haupt- und Finanzausschuss dieser zustimmen.

2. Bei der **Bewirtschaftung der städtischen Forstflächen** ist im Rahmen einer nachhaltigen Bewirtschaftung zu versuchen, durch flexiblen Holzeinschlag und Reagieren auf die Holzpreise Mehrerlöse zu erzielen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine **IT-Strategie für die Stadtverwaltung Hemer** zu erarbeiten, die von der Politik beraten und beschlossen wird. In dieser wird systematisch erfasst, welche IT (Hard- und Software) für welche Aufgaben in welchem Umfang vorgehalten werden muss und in welchem Turnus und nach welchen Kriterien ein Austausch stattfindet. Dabei ist der Gesichtspunkt der IT-Sicherheit besonders zu beachten. Aus dieser IT-Strategie ist dann der tatsächliche Bedarf an Mitarbeitern abzuleiten.  
Zu dieser Strategie gehört auch das Thema E-Government für Hemer. Durch Online-Verfahren sind Verwaltungsabläufe zu straffen und damit effizienter zu bewirtschaften (Zeit und Personal). Es muss auch überprüft werden, was dem Bürger in Zukunft ebenfalls online zur Verfügung gestellt werden kann, um dieses Ziel zu erreichen.
4. Alle **städtischen Gebührensatzungen** werden daraufhin überprüft, ob die Gebühren noch zeitgemäß sind oder ob Anpassungen sinnvoll erscheinen.
5. Auf Grund des aktuellen Haushaltes wird ein **Produktbuch der Stadt Hemer** erstellt. Anhand der Produkte ist dann in den Ausschüssen jenseits der Haushaltsplanberatungen intensiv über die Kennzahlen, Ziele und Standards (und die daraus erwachsenden Wirkungen und den Ressourceneinsatz) zu diskutieren, um eine strategische Planung vorzunehmen. Dies kann ggf. auch in Klausurtagungen von Ausschuss und zugeordneter Verwaltung erfolgen.
6. Die verwaltungsinternen Vorbereitungen für den **Haushalt 2017** sind so zu gestalten, dass bereits Ende 2016 die Beratungen stattfinden können, um zeitig einen Haushalt beschließen zu können.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, für das **Bünting-Grundstück ein Nutzungskonzept** zu erarbeiten. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob dieses Grundstück für einen Ersatzneubau für das Hallenbad in Frage käme. Im Rahmen dieser Prüfung ist auch die Frage zu beantworten, ob ein eventueller Neubau nicht von einem Investor errichtet und anschließend von der Stadt gemietet werden kann.

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP sind der Auffassung, dass durch diese Vorschläge ein verantwortungsvoller Haushalt beschlossen werden kann, der die Bürgerinnen und Bürger nicht übermäßig belastet. Wir müssen erreichen, dass die Stadt Hemer die Haushaltssicherung Ende 2016 verlassen kann und Hemer damit wieder voll handlungsfähig wird.

gez. **Martin Gropengießer**  
CDU-Fraktion

gez. **Hans-Peter Klein**  
SPD-Fraktion

gez. **Arne Hermann Stopsack**  
FDP-Fraktion

Hemer, 9. Mai 2016